



# **Sozial-ökologischer Umbau statt pauschaler Wachstumskritik**

## **Kontroversen um das Wachstum**

<b>Was ist das Bruttoinlandsprodukt, was ist Wertschöpfung? .....</b>	<b>2</b>
<b>Was das Bruttoinlandsprodukt nicht ist.....</b>	<b>4</b>
<b>Produktion, Einkommen, Wachstum.....</b>	<b>4</b>
<b>BIP-Wachstum, Beschäftigung, Produktivität.....</b>	<b>7</b>
<b>BIP-Wachstum und Naturbeanspruchung.....</b>	<b>8</b>
<b>Ökologischer Umbau: stofflich schrumpfen, nicht wertmäßig! ....</b>	<b>9</b>
<b>Sozial-ökologische Alternativen und Bündnisse .....</b>	<b>12</b>

Die wirtschaftspolitischen Forderungen von ver.di sind vor allem darauf gerichtet, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, den Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit zu stärken und wichtige gesellschaftliche und ökologische Bedürfnisse zu befriedigen. Dazu fordert ver.di umfangreiche Zukunftsinvestitionsprogramme und die Ausweitung öffentlicher Beschäftigung, die Steigerung der Löhne und Sozialeinkommen und damit die Stärkung der inländischen Nachfrage. Lohnsteigerungen müssen mindestens in Höhe von Preis- plus Produktivitätszuwachs durchgesetzt werden, um die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren. Mehr Investitionen und Beschäftigung sollen vor allem im Bildungswesen, in sozialen Dienstleistungen und im ökologischen Umbau erreicht werden. Auch allgemeine und an sozialen Kriterien ausgerichtete Arbeitszeitverkürzung würde dazu beitragen, mehr gute Arbeitsplätze zu schaffen.

**ver.di fordert eine Politik, die auf qualitatives, sozial-ökologisch ausgerichtetes und reguliertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gerichtet ist.**

Eine solche Politik wäre verbunden mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukt (BIP), üblicherweise als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Ist das aber heute noch möglich und vertretbar? WachstumskritikerInnen halten dagegen, dass wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich mit wachsenden Beanspruchung und Zerstörung der Natur verbunden sei. Auch die Arbeitslosigkeit ließe sich mit Wachstum nicht bekämpfen, weil dies mit beschleunigter Produktivitätssteigerung und damit Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen verbunden sei. Zudem sage das BIP auch nichts aus über den Wohlstand einer Gesellschaft.

## **Was ist das Bruttoinlandsprodukt, was ist Wertschöpfung?**

Das BIP drückt den Wert der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen in Form einer Geldsumme aus, die in einem bestimmten Zeitraum erwirtschaftet wurde. Das BIP ist eine zentrale Größe und ein Vergleichsmaßstab der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die nach international einheitlichen und verbindlichen Regeln durchgeführt werden. In Deutschland betrug es 2010 etwa 2500 Milliarden Euro.

Ausgangspunkt für die Berechnung des BIP sind die Marktpreise der Produkte. Um die Herstellungskosten zu ermitteln, werden die geleisteten Gütersteuern abgezogen und Gütersubventionen addiert. Wenn davon der Wert der in der Produktion verbrauchten Vorleistungen (inkl. der importierten Rohstoffe und Vorprodukte) abgezogen wird, ergibt sich die Bruttowertschöpfung. Beim Staat einschließlich der Sozialversicherungen gibt es keine Marktpreise. Hier wird ersatzweise der Aufwand für Arbeitnehmerentgelte und Abschreibungen (also den Wertverlust der Bauten und Ausrüstungen) addiert und als Maß für die Bruttowertschöpfung genommen.

Das BIP ergibt sich, wenn zu der so ermittelten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche die vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben addiert und die gezahlten Subventionen abgezogen werden. Als Wertschöpfung betrachten die VGR im Kern Produktion durch Erwerbsarbeit, wobei auch Schwarzarbeit und andere nicht registrierte Erwerbstätigkeit durch Schätzungen einbezogen werden. Vermögenszuwachs durch Empfang von Kapitalerträgen, Realisierung von Wertsteigerungen von Vermögensgütern und Finanzanlagen aller Art usw. betrachten die VGR nicht als Wertschöpfung, sondern als Verteilung und Aneignung anderswo produzierter Einkommen.

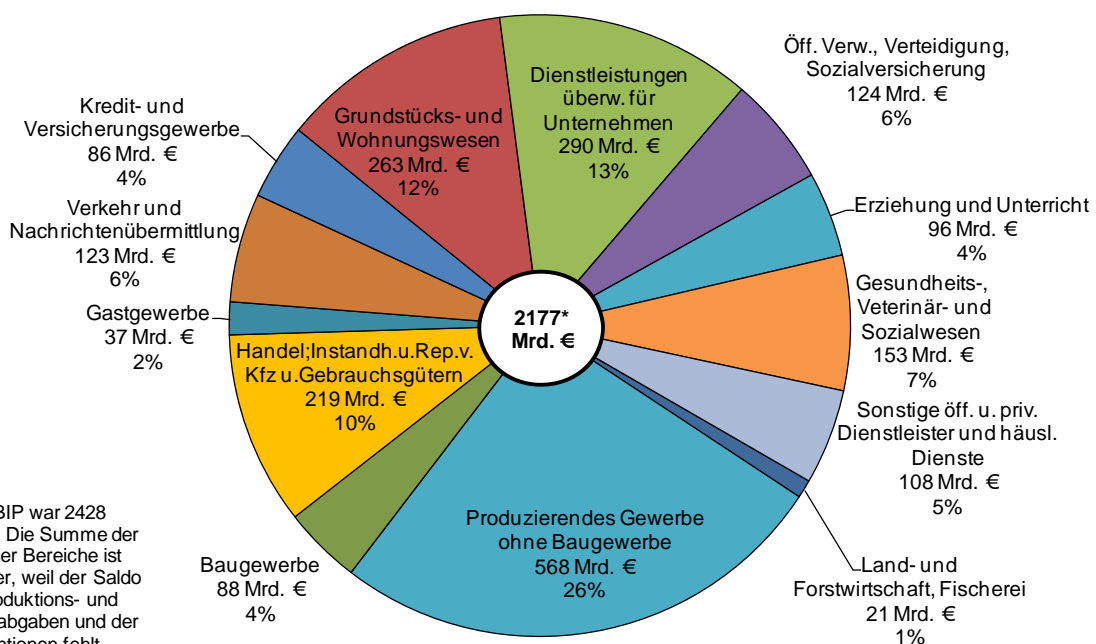
**Wertschöpfung, die das Bruttoinlandsprodukt steigert, ist Produktion von Gütern und Dienstleistungen durch Erwerbsarbeit.**

Nur etwa 30 Prozent dieser Wertschöpfung entstammen in Deutschland den materiellen Waren produzierenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes, Baugewerbes, Bergbaus und Landwirtschaft. Etwa 70 Prozent produzieren die verschiedenen Dienstleistungssektoren einschließlich des öffentlichen Dienstes. Der Anteil dieser Sektoren an Beschäftigung und Arbeitsvolumen ist ähnlich. Der VGR-Begriff der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit erfasst sozusagen aus der Perspektive der gesamten Gesellschaft, welche bezahlten Güter und Dienstleistungen diese produziert.



### Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 2007

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



\* Das BIP war 2428 Mrd. €. Die Summe der BWS der Bereiche ist geringer, weil der Saldo der Produktions- und Importabgaben und der Subventionen fehlt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen

## Was das Bruttoinlandsprodukt nicht ist

Nicht erfasst werden in den VGR und im BIP Arbeiten, die unentgeltlich insbesondere in privaten Haushalten oder Organisationen ohne Erwerbszweck geleistet werden. Im Jahr 2001, als diese Daten zuletzt erhoben wurden, leisteten die Personen ab 12 Jahren in Deutschland neben 56 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden und 10 Milliarden Stunden Wegezeiten etwa 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit in Haus und Garten, für das Einkaufen, die Betreuung und Pflege, handwerkliche Arbeiten, Ehrenämter usw.

Dabei war die Arbeitsbelastung der Frauen mit 43 Stunden pro Woche durchschnittlich etwa eine Stunde höher als die der Männer, aber vor allem sehr geschlechtsspezifisch verteilt. Frauen leisteten durchschnittlich mit knapp 31 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer mit 19½ Stunden. Bei der Erwerbsarbeit inklusive Arbeitssuche und Wegezeiten war es andersherum: Frauen 12 Stunden, Männer 22½ Stunden.<sup>1</sup>

Das BIP liefert auch keine Informationen über die Belastung und Schädigung der Natur und der Menschen durch die Produktion. Wenn durch die Bearbeitung solcher Schädigungen etwa durch Medizin oder Umweltschutzmaßnahmen Einkommen entstehen, steigern diese das BIP.

**Das BIP ist kein Maß für den Wohlstand oder gar das gute Leben einer Gesellschaft. Es darf also auch für die Politik kein Selbstzweck sein.**

Die im BIP erfassten produzierten Güter und Dienstleistungen sind auch kein Maß für die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung insgesamt. Berücksichtigt werden nur Bedürfnisse, die als zahlungsfähige Nachfrage geäußert werden (können). Kollektive oder gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse wie etwa gute Straßen oder öffentliche Bildungseinrichtungen werden nur befriedigt, wenn die Produktion oder Finanzierung dieser Güter öffentlich oder gemeinnützig organisiert wird. Nur sofern diese in Formen von Erwerbsarbeit stattfindet und damit Einkommen entstehen, also zum Beispiel durch angestellte LehrerInnen und nicht ehrenamtlich, gilt dies in den VGR als Wertschöpfung und fließt in das BIP ein.

## Produktion, Einkommen, Wachstum

Das Bruttoinlandsprodukt ist keine Bestandsgröße, wie etwa das Anlagevermögen, sondern eine Stromgröße. Es geht um Wertschöpfung, also Werte, die in einem Zeitraum jeweils neu produziert werden. Der Clou dabei ist, dass die VGR einen lückenlosen Kreislaufzusammen-

---

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Wo bleibt die Zeit?, Wiesbaden 2003, S. 9

hang darstellen zwischen der Produktion der Werte, der Verteilung der dabei entstehenden Einkommen und der Verwendung der Einkommen und Produkte.

Ein Teil der Bruttoeinkommen der Wirtschaftseinheiten gilt als bloßer Ersatz für die laufende Wertminderung des Anlagevermögens. Diese Abschreibungen betragen in Deutschland etwa 15 Prozent des BIP. Etwa zehn bis elf Prozent des BIP fließen direkt dem Staat zu, als Produktions- und Importabgaben minus der vom Staat an Produzenten gezahlten Subventionen. Nach Abzug auch dessen und Addition des Saldos der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ergibt sich das Volkseinkommen. Es beträgt in Deutschland etwa drei Viertel des BIP.

### Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2009, Milliarden Euro

Entstehung		=	Verwendung		=	Verteilung	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 18,05	Bruttowertschöpfung		Konsumausgaben der privaten Haushalte 1 374,93	Private Konsumausgaben		Arbeitnehmerentgelt 1 223,90	Volkseinkommen
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe 473,80		Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 39,76					
Baugewerbe 98,21							
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 378,21			Konsumausgaben des Staates 473,12				
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 666,48			Bruttoinvestitionen 409,46				
Öffentliche und private Dienstleister 515,96							
<b>+</b>		<b>+</b>				<b>+</b>	
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 256,49		Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) 109,93				Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat 270,43	
						<b>+</b>	
						Abschreibungen 364,97	
						<b>-</b>	
						Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt 43,20	

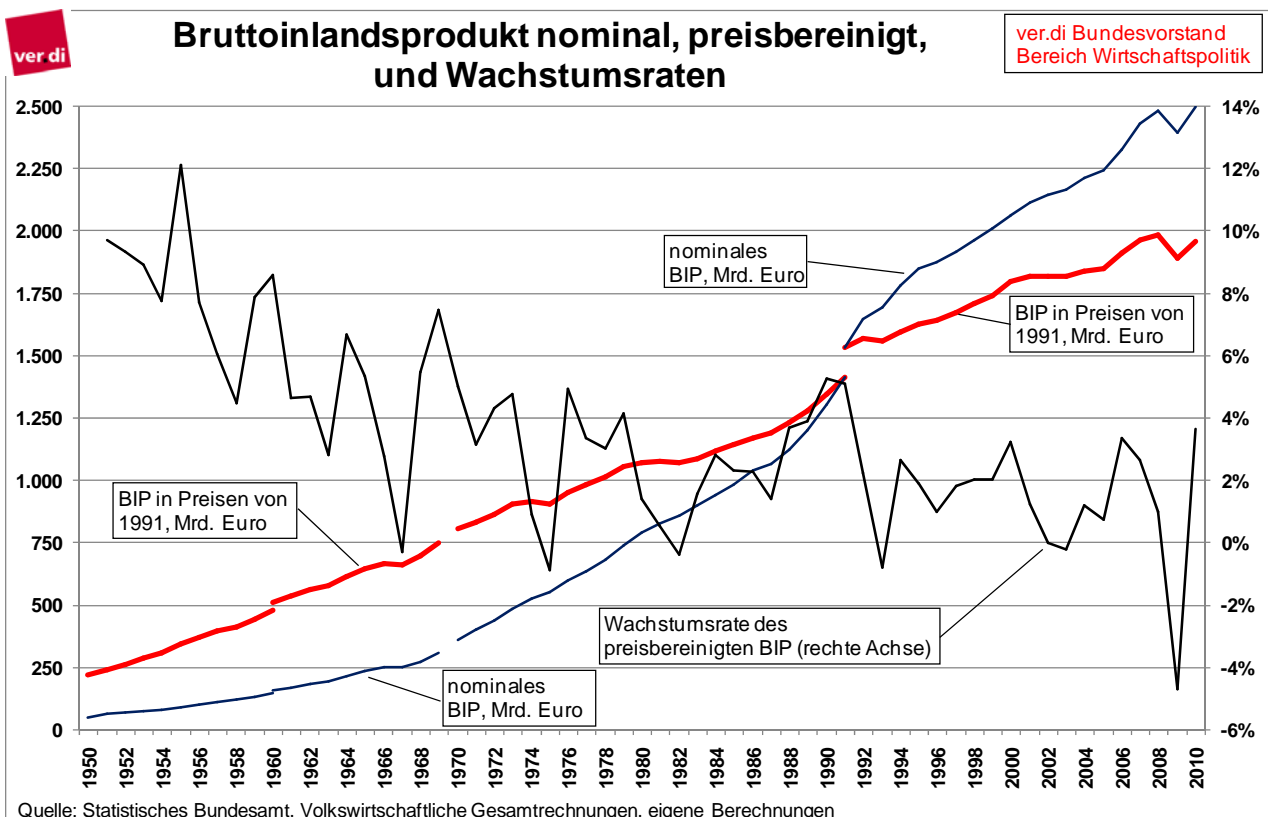
Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick, Wiesbaden 2010, S. 10

Das Volkseinkommen verteilt sich zunächst in Arbeitnehmerentgelte und in Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, die Lohnquote, ist ein zentraler Indikator für die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital. Sie ist von über 70 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf 66 Prozent im Jahr 2010 gesunken. Dahinter stecken für die Lohnabhängigen ungünstige Kräfteverhältnisse gegenüber dem Kapital infolge anhaltender Massenarbeitslosigkeit und einer politisch durchgesetzten Schwächung des sozialstaatlichen und tariflichen Schutzes.

Wie ermittelt man das Wachstum des BIP und was drückt es aus? Es wird das in einem Jahr oder Quartal produzierte BIP mit dem des Vorjahres oder Vorquartals verglichen. Die Veränderungen des BIP sind dabei erheblich von Preisveränderungen beeinflusst. Diese werden herausgerechnet, es wird „deflationiert“. Nominal, also in laufenden Preisen, stieg das BIP 1991 bis 2010 um 63 Prozent, preisbereinigt nur um 28 Prozent.

**Beim realen BIP-Wachstum geht es um die preisbereinigte Wertschöpfung, eine Geldgröße, im Kern das gesamtwirtschaftlich produzierte Einkommen.**

Die Veränderung des preisbereinigten BIP ist das, was üblicherweise als reales Wirtschaftswachstum bezeichnet wird. Das reale BIP-Wachstum bildet zum einen typische konjunkturelle Schwankungen und periodische Krisen ab, zum anderen ist es in den letzten Jahrzehnten in Deutschland tendenziell schwächer geworden.

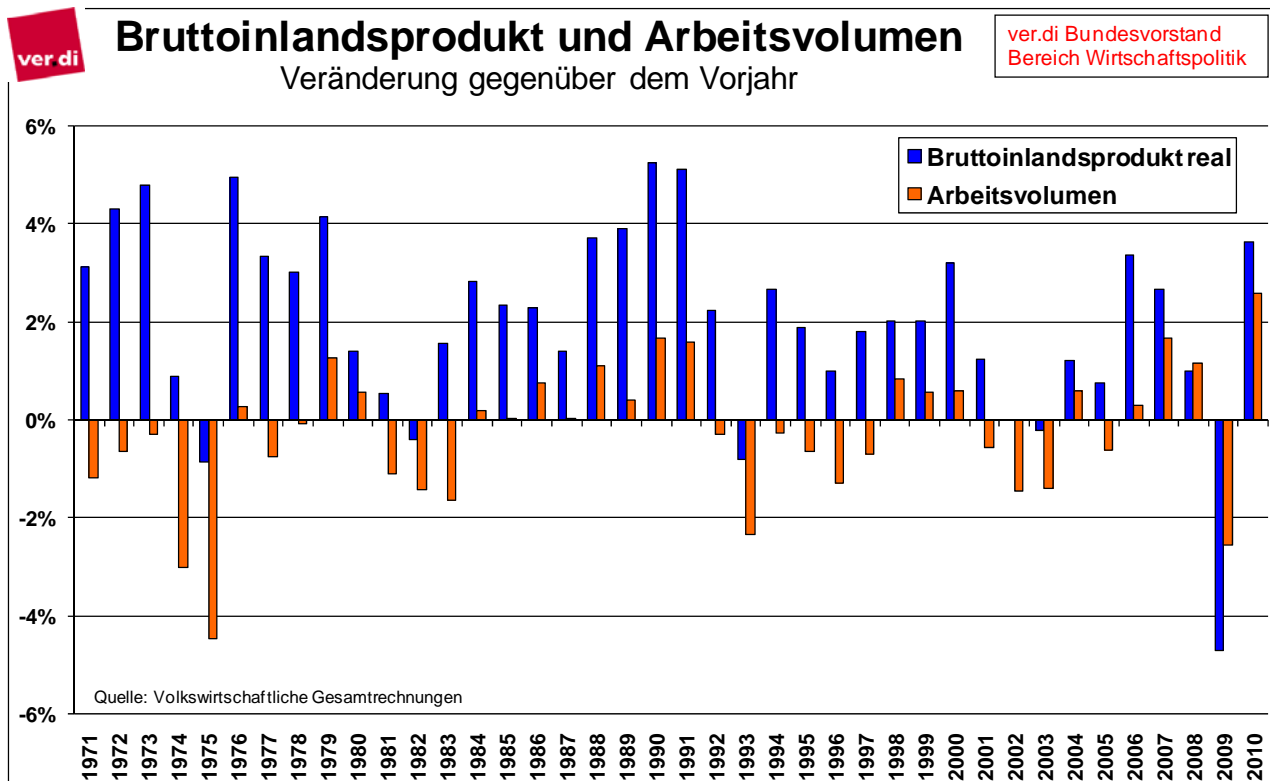


## BIP-Wachstum, Beschäftigung, Produktivität

In welcher Beziehung stehen BIP-Wachstum und Beschäftigung? Dividiert man das BIP durch die Zahl der gesamtwirtschaftlich geleisteten Erwerbsarbeitsstunden (das Arbeitsvolumen), ergibt sich die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde. Durch steigende Produktivität werden für die gleiche Produktemenge weniger Arbeitskräfte gebraucht und ggf. erwerbslos, „wegrationalisiert“. Wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig wächst, bleibt ihnen dies erspart oder sie finden möglicherweise anderswo eine neue Beschäftigung. Das ist aber keineswegs ausgemacht, sondern die kapitalistische Produktion führt immer wieder zu Erwerbslosigkeit vieler Menschen.

Höhere Arbeitsproduktivität kann auch durch geringe Arbeitszeiten ausgeglichen und dadurch die Zahl der Beschäftigten gehalten oder erhöht werden. Der Lohn muss dabei nicht sinken, sondern kann gleich bleiben (Arbeitszeitverkürzung mit „vollem Lohnausgleich“) oder sogar erhöht werden, weil ja in der kürzeren Zeit gleich viel oder mehr produziert wird. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich muss aber in harten Kämpfen errungen werden.

Das BIP ist das Produkt aus Arbeitsproduktivität, durchschnittlicher Arbeitszeit und Zahl der Erwerbstätigen. Die Erwerbstätigenzahl steigt, wenn das BIP schneller wächst als das Produkt aus Arbeitsproduktivität und durchschnittlicher Arbeitszeit. Für kurze Zeiträume kann näherungsweise gerechnet werden: Die prozentuale Wachstumsrate des BIP muss höher sein als



die Summe der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und der durchschnittlichen Arbeitszeit. Hier besteht zunächst ein klarer Zusammenhang von BIP-Wachstum und Beschäftigung.

Allerdings ist ein höheres BIP-Wachstum mit beschleunigter Produktivitätssteigerung verbunden. Dies mindert die Beschäftigungszuwächse. Es zeigt sich aber, dass das Produktivitätswachstum weniger veränderlich ist als das BIP-Wachstum. Das Arbeitsvolumen geht regelmäßig zurück im Gefolge von wirtschaftlichen Krisen- und Stagnationsphasen, dann sinkt auch die Beschäftigtenzahl und die Arbeitslosigkeit steigt. Im Zuge von Wachstumsphasen dagegen steigt die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit sinkt in der Regel.

**Ab einem realen BIP-Wachstum von gegenwärtig etwa 1,5 Prozent – dies ist die so genannte „Beschäftigungsschwelle“ – wachsen in Deutschland Arbeitsvolumen und Beschäftigung.**

Die Höhe der „Beschäftigungsschwelle“ ist im Laufe der Zeit gesunken. Dies liegt vor allem daran, dass der Anteil der Dienstleistungen am BIP gestiegen ist, in denen die Produktivitätssteigerung überwiegend langsamer ist als in der Industrie. Durch eine Politik des Ausbaus öffentlicher Dienstleistungen und der Stärkung der Massenkaukraft würde deren Anteil weiter gesteigert und die Beschäftigungsschwelle tendenziell weiter gesenkt.

## **BIP-Wachstum und Naturbeanspruchung**

Bei der Produktion und der Verwendung von Gütern und Dienstleistungen werden der Natur Rohstoffe entnommen, es wird Energie eingesetzt, Bodenfläche genutzt, Produkte und Schadstoffe und sonstige Emissionen werden in die Umwelt abgegeben. Den kapitalistischen Unternehmen sind die sozialen und ökologischen Folgen und Kosten ihrer Produktion gleichgültig, soweit sie nicht mit Kosten für die Unternehmen verbunden sind. Dies führte zu wachsender Beanspruchung natürlicher Ressourcen und Umweltbelastung, die durch gesellschaftliche Regulierungen nur unzureichend eingedämmt wurde.

Aus ökologischen Gründen ist ein massives Schrumpfen des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen notwendig. Doch erfordert dies Null-Wachstum oder sogar ein Schrumpfen des BIP? Ein bloßes Nullwachstum oder Schrumpfen des BIP um einige Prozentpunkte bedeutet allein nur, dass die laufende Überbeanspruchung der Natur wie bisher fortgesetzt wird, im gleichen oder wenig geringeren Umfang. Zugleich bedeutet dies Krise und zunehmende ökonomische und soziale Probleme, und dadurch wird ein sozial-ökologischer Umbau sogar erschwert.

Ein solcher notwendiger Umbau muss die Produktions- und Lebensweise auf neue Grundlagen stellen. Stoff- und Energieflüsse müssen massiv reduziert und/oder auf regenerative Quel-

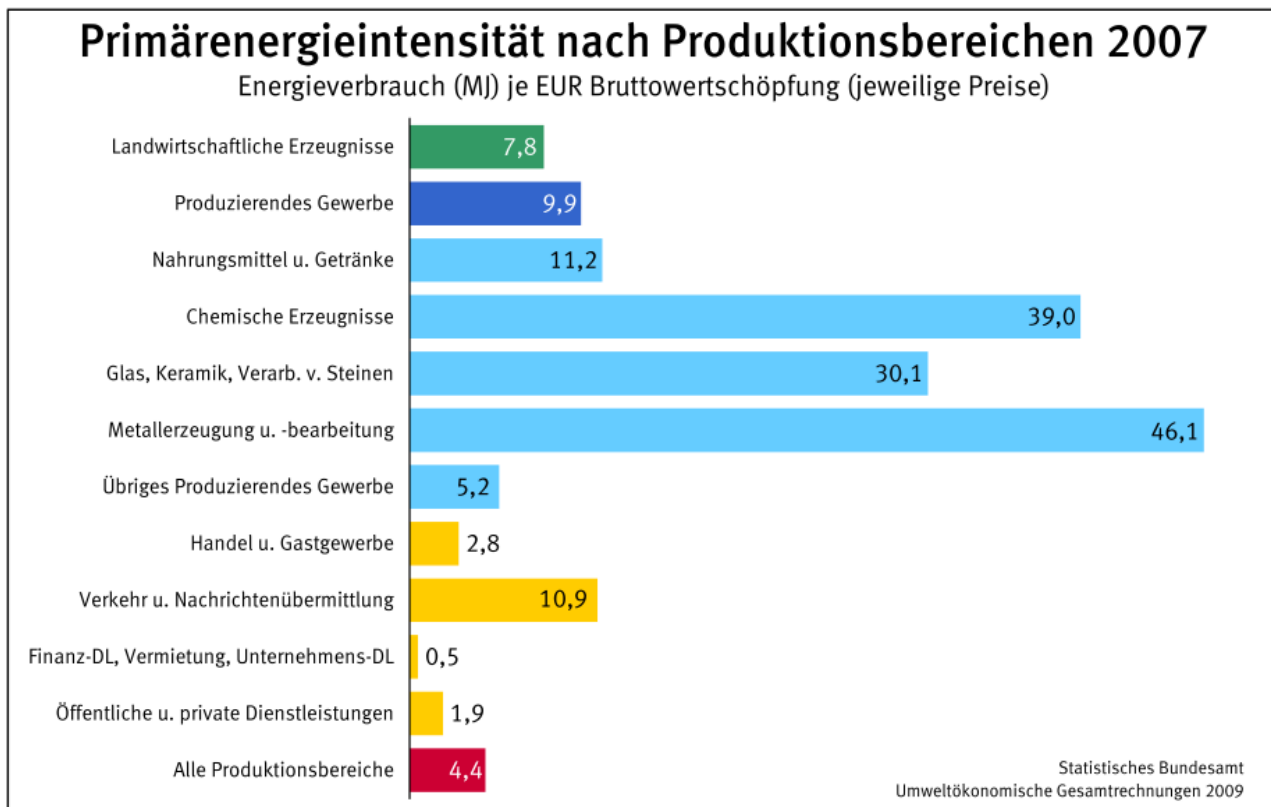


len umgestellt werden und die Produkte müssen nach ihrer Nutzung wieder verwertbar oder biologisch abbaubar sein. Die Ressourcen- oder Umweltproduktivität, also wie viel (preisbereinigter) Wertschöpfung mit einer Mengeneinheit verschiedener natürlicher Ressourcen produziert wird, kann und muss dabei stark gesteigert werden. Dies erfordert aber in den kommenden Jahren und Jahrzehnten große Investitionen und erheblichen Arbeitsaufwand und trägt so zur Steigerung des BIP bei.

**Öko-Umbau erfordert große Investitionen und viel Arbeit und damit Wertschöpfung, die das BIP steigert.**

BIP-Wachstum darf nicht gleichgesetzt werden mit zunehmender Produktion materieller Güter. Der Strukturwandel in Richtung der Dienstleistungen kann zu wachsendem BIP bei sinkender materieller Produktion führen. Dies kann die Gesellschaft nutzen, um ohne Einkommensverlust die Beanspruchung der Natur stark zu vermindern. 2007 hatten etwa Metall- und Chemieindustrie einen vier bis fünf mal so hohen Primärenergieverbrauch je Euro Bruttowertschöpfung wie der Durchschnitt des produzierenden Gewerbes, und dieses wiederum einen mehr als fünf mal so hohen wie der Sektor öffentliche und private Dienstleister.

Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcenproduktivität ist also nicht nur eine technische Frage, sondern mehr noch eine der Produktionsstruktur. Es geht nicht nur um Ressourceneffizienz im Sinne von weniger Ressourcenaufwand für die Produktion der gleichen



Güter, was dann möglicherweise durch eine Steigerung der Masse der Güter wieder aufgewogen wird (Rebound-Effekt). Noch wichtiger ist, dass andere Güter und vor allem Dienstleistungen produziert werden, die weniger Ressourcen verbrauchen.

Zu beachten ist auf der anderen Seite, dass auch Lebens- und Produktionsprozesse, die nicht als Erwerbsarbeit das BIP steigern, immer eine stofflich-energetische Seite haben. Der Energieverbrauch der privaten Haushalte (ohne Energiegehalt der verbrauchten Konsumgüter) beträgt ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs. Die Belastungen aus dem Verkehr gehen sogar zum überwiegenden Teil auf die privaten Haushalte zurück. Insbesondere bei der – das BIP steigernden – Ausweitung von öffentlichem Verkehr, Bildung und sozialen Dienstleistungen muss gegengerechnet werden, welche Einsparungen dadurch in privaten Haushalten erfolgen. Personell gut ausgestattete Ganztagschulen mit Mittagsverpflegung dürften zum Beispiel eine geringere Umweltbelastung bedeuten, als wenn tausend Kleinfamilien einzeln kochen und vorher – schlimmstenfalls mit dem Auto – Lebensmittel eingekauft haben.

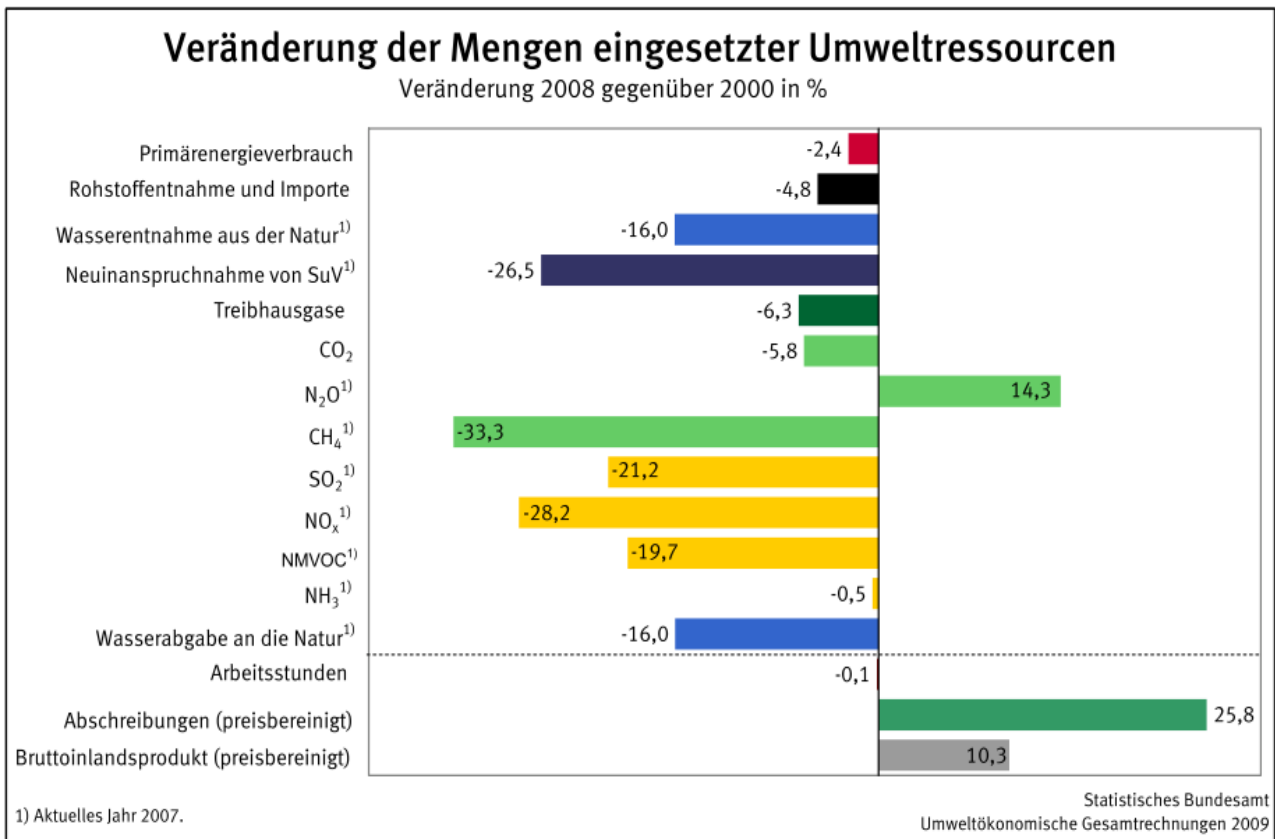
## **Ökologischer Umbau: stofflich schrumpfen, nicht wertmäßig!**

Um einen ökologischen Umbau mehrheitsfähig zu machen und umzusetzen, ist eine Konzeption notwendig, die zugleich mehr Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen bringt und die sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen befördert. Dies erfordert eine alternative Wirtschaftspolitik, die auf ein qualitatives, selektives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum des BIP gerichtet ist. Es geht also um einen sozial-ökologischen Umbau. Dieser wird in der ersten Phase mit einem Wachstum des BIP verbunden sein.

**Wachsendes BIP kann und muss mit schrumpfender Naturbeanspruchung verbunden werden.**

Es ist grundsätzlich unbestreitbar, dass zusätzliche Wertschöpfung und damit höheres BIP mit einer erheblichen Verringerung der Umweltbelastung verbunden werden kann. Etwa wenn zusätzliche Erwerbsarbeit zur Vermeidung oder Beseitigung von Umweltbelastungen organisiert wird, zum Beispiel im Recycling und für Aktivitäten des ökologischen Umbaus. Schon in den letzten Jahren wächst die „Ressourcenproduktivität“ – wie viel Wertschöpfung unter Verbrauch einer bestimmten Ressourcenmenge erzielt wird – in Deutschland im Allgemeinen schneller als das BIP, so dass der Gesamtverbrauch der meisten Ressourcen und die Freisetzung der meisten Schadstoffe rückläufig ist.

Dies ist aber bisher völlig unzureichend. Die Frage ist, in welchem Umfang diese Entkopplung von Wertschöpfung und Naturbeanspruchung realistisch ist? Schließlich geht es um die Reduzierung der Belastungen auf einen Bruchteil. Wenn zugleich das BIP weiter wächst, erfordert



das umso stärkere Erhöhungen der Ressourcenproduktivität. Zugleich erfordern die Entwicklung und die wachsende Bevölkerung in den ärmeren Ländern der Erde, dass dort Produktion und Konsum noch erheblich wachsen. Gleichzeitig die globale Naturbeanspruchung im notwendigen Maße zu vermindern, erscheint fast unmöglich.

Doch ein radikaler sozial-ökologischer Umbau der Produktion und Lebensweise hat bisher noch nicht stattgefunden. Wir wissen nicht, in welchem Maße eine Entkopplung von BIP und Naturbeanspruchung dabei möglich sein wird. Es mag schwierig sein. Aber wenn wir wollen, dass mehr Menschen Erwerbsarbeit haben und daraus Einkommen erzielen, ohne dass die anderen Beschäftigten in gleichem Umfang weniger verdienen, dann wird das kaum anders möglich sein, als dass sich das ökonomisch-statistisch als Wachstum des BIP darstellt. Selbst wenn nur mehr ErzieherInnen und AltenpflegerInnen oder KünstlerInnen beschäftigt werden, die vorher nicht erwerbstätig waren, steigert dies das BIP, bedeutet also Wachstum. Das Gleiche gilt für zusätzliche Investitionen in Energieeinsparung, solare Energieversorgung usw.

Die Behauptung, dass wachsender Aufwand für Umweltschutz und ökologische Produktgestaltung immer den Spielraum für Wertschöpfung einschränke, ist falsch. Wenn es nicht um höhere Kosten für die gleichen Produkte geht, sondern um neue Produkte, deren höhere ökologische Qualität entweder an anderer Stelle Kosten spart oder als zusätzlicher Gebrauchswert anerkannt wird, dann gilt zusätzlicher Arbeitsaufwand für ihre Produktion als zusätzlich wert-

schöpfend. Zum Beispiel ein im Bau teureres Null- oder Negativ-Energie-Haus im Vergleich zu einem konventionellen, das aber höhere Heiz- und Betriebskosten verursacht. Oder in der Region biologisch erzeugte Nahrungsmittel, die mit umweltfreundlichen Transportmitteln ins Haus gebracht werden und für die höhere Preise akzeptiert werden. Wichtig ist dabei, dass die Menschen das als Steigerung ihres Wohlstands bewerten – und sich das auch leisten können. Und zwar alle und nicht nur eine Minderheit.

## **Sozial-ökologische Alternativen und Bündnisse**

Erst wenn die Konsumbedürfnisse auf ökologisch nachhaltige Weise und in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit befriedigt werden, könnte weiteres BIP-Wachstum überflüssig werden, zugunsten erhöhten Lebensgenusses durch Muße, Bildung, Kultur und Kommunikation außerhalb der Erwerbsarbeit. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeiten wäre dabei ein zentrales Element. Auch der Abbau des die Gesellschaft prägenden Konkurrenz- und Leistungsdrucks und der sozialen Ungleichheit wären wichtige Bedingungen.

Dies erfordert veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Wachstum und Wachstumszwang in der heutigen Gesellschaft ergeben sich letztlich aus den Renditeerwartungen und -ansprüchen des Kapitals, weniger aus den Bedürfnissen der Menschen. Ausbleibendes Wachstum bedeutet im Kapitalismus Krise und führt zu steigender Erwerbslosigkeit und sinkenden Masseneinkommen sowie zunehmender öffentlicher Verschuldung, weil Steuereinnahmen sinken und öffentliche Ausgaben steigen. Dies verschlechtert insbesondere die Lebensbedingungen und Durchsetzungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen und sozial schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen. Dies führt wiederum dazu, dass auch für die große Mehrheit der Menschen die Sicherung und Verbesserung ihrer Erwerbsgrundlagen in einer wachsenden Wirtschaft zum vorrangigen Interesse wird.

**Sozial-ökologischer Umbau muss verbunden werden mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.**

Ein sozial-ökologischer Umbau wird nur durchgesetzt werden können, wenn die Mehrheit der abhängig Beschäftigten ihn unterstützt und politischen Druck dafür entwickelt. Dies wird aber nur gelingen können, wenn er verbunden ist mit Abbau der Arbeitslosigkeit, der Sicherung der Einkommen der Beschäftigten und der Schaffung guter neuer Arbeit für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen.